

---

FDP Marburg-Biedenkopf

## ZÜGIGER WEITERBAU VON A49/ B454

22.11.2019

---

**Stadtallendorf.** In seiner Oktobersitzung befasste sich das Stadtparlament mit zwei stockenden Infrastrukturprojekten, die für unsere Stadt und Region zentral sind: dem Ausbau der B454 und dem Lückenschluss der A49. Die FDP-Fraktion setzte sich dabei für einen schnellen Abschluss beider Maßnahmen ein: „Die A49 entlastet die Menschen in Stadtallendorf durch eine bessere Durchlässigkeit von Norden nach Süden, führt zu höherer Lebensqualität und belastet die Umwelt so wenig wie möglich. Ihre aktuelle Trassenführung ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen politischen Prozesses und zahlreicher gerichtlicher Auseinandersetzungen. In diesem Rahmen wurde den Belangen des Umweltschutzes umfangreich Rechnung getragen.“, wie der Fraktionsvorsitzende Winand Koch betont. Diese Kompromisslösung, die viele Kritikpunkte der Ausbau-Gegner aufgegriffen habe, dürfe nun nicht abermals zum Spielball politischer Interessen werden: „Wir akzeptieren nicht, dass wieder ein emotionaler Versuch unternommen wird, den breiten Konsens in Frage zu stellen. Nichts anderes sind die Vermummungsaktionen in Dannenrod ja. Es ist scheinheilig, eine Lösung, in die so viele Anliegen ihrer Gegner eingeflossen sind, auf diese Weise zu bekämpfen.“

Auch bei der B454 steht die Fraktion für eine zügige Umsetzung der Planungen, besonders vor dem Hintergrund möglicher Umleitungsregelungen: „Die Umleitungsregeln, die mit dem Ausbau der B454 verbunden sind, werden vor allem innerhalb des Ortes noch gravierender sein als beim Ausbau der A49. Deshalb sollte der Ausbau der B454 schneller erfolgen. Sollten die Projekte parallel realisiert werden, wären die Verkehrseinschränkungen für Stadtallendorf untragbar. Deshalb fragen wir seit Monaten nach und wollen die konkreten Umleitungsregelungen wissen. Stadtallendorf muss nun unbedingt darauf bestehen, dass die Umleitungsfrage durch das Ministerium prioritär behandelt wird. Sonst droht uns ein Verkehrsinfarkt.“, so Koch.

Für die FDP kommt es nun darauf an, den Weiterbau nicht nochmals zu verzögern:

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen Vorrang vor einer sinnlosen Emotionalisierung der Angelegenheit haben.